



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

114. Sitzung (öffentlich)

28. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:05 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Helmut Röhrig

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12500	
a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (siehe Anlage 1)	
Vorlage 16/4206	
Bericht der Landesregierung	
b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (siehe Anlage 2)	
Vorlage 16/4229	
Bericht der Landesregierung	

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/12500 – wird vertagt.

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12784

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/12784 – wird vertagt.

3 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068
Ausschussprotokoll 16/1391

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/12068 – wird vertagt.

4 Anpassung der APG-DVO bedingt durch faktische Umsetzungsschwierigkeiten bei den neuen Investitionskostenregelungen des GEPA NRW 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4286

5 Alkohol in der Schwangerschaft – jeder Schluck kann das werdende Leben dauerhaft schädigen 31

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8980

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13038

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13010

Ausschussprotokoll 16/1051

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/13038 – mit den Stimmen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/8980 – mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/13010 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP zu.

6 Mehr Pflegepersonal für eine menschliche Versorgung und Patientensicherheit

32

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9586 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13040

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13013

Ausschussprotokoll 16/1298

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/13040 – mit den Stimmen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/9586 (Neudruck) – mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/13013 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten zu.

7 Leben retten – Förderung der Ersten Hilfe und Wiederbelebung durch Laien bringt mehr Erfolg

33

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10079

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13039

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13012

Ausschussprotokoll 16/1299

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/13039 – mit den Stimmen der CDU, der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/10079 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/13012 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

8 Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden! **34**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216

Ausschussprotokoll 16/1319

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/11216 – mit den Stimmen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten und der FDP ab.

9 Chancen und Risiken des digitalen Arbeitswandels 1 – Click- und Crowdfunding **35**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8973

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13081

Ausschussprotokoll 16/1251

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/8973 – mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

Der Ausschuss stimmt dem gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten – Drucksache 16/13081 – mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der CDU und der FDP zu.

10 Frühförderung in Nordrhein-Westfalen weiter stärken **36**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10786

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13036

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13011

Ausschussprotokoll 16/1313

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/13036 – mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/13011 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der CDU, der FDP und der Piraten.

11 Pflegestärkungsgesetz III darf nicht zu Lasten ambulanter Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen gehen – Abgrenzungsprobleme zwischen Pflege und Eingliederungshilfe lösen

37

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12850

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12929

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/12850 – und der Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/12929 – werden vertagt.

12 Für die Patientensicherheit Anforderungen für die Berufsausübung von Heilpraktikern erhöhen 38

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12846

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/12846 –
wird vertagt.

13 Menschenleben retten – Notrufmöglichkeiten für Menschen mit Hörschädigung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen 39

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12433

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/12433 –
wird vertagt.

14 Chancen und Risiken des digitalen Arbeitswandels 2 – Berufliche Weiterbildung auch online ermöglichen. 40

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12837

Der Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/12837 –
wird vertagt.

15 Schulen brauchen Freiheit und Unterstützung für die inklusive Berufsorientierung – Landesprogramm „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“ muss flexibler und inklusiver werden 41

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12345

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/12345 –
wird vertagt.

16 Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das Bedingungslose Grundeinkommen 42

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11692

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/11692 – mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

17 Fortschritt durch Industrie 4.0 für NRW gestalten – Investitionen und Innovation für gute Arbeit fördern 43

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12853

Entschließungsantrag
des Abgeordneten Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/12906

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/12853 – sowie der Entschließungsantrag des Abgeordneten Schwerd (fraktionslos) – Drucksache 16/12906 – werden vertagt.

18 Bericht über den Sachstand und die aktuellen Entwicklungen im Ausbau des selbständigen Wohnens von Menschen mit Behinderung 44

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4260

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

19 Verschiedenes 45

3 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068
Ausschussprotokoll 16/1391

Vorsitzender Günter Garbrecht merkt an, heute sei die Auswertung der durchgeführten Anhörung vorgesehen.

Arif Ünal (GRÜNE) ist der Ansicht, die Anhörung sei sehr interessant gewesen, weil der Umgang mit psychisch kranken Personen in der Gesellschaft sehr polarisierend diskutiert werde. Die unterschiedlichen Sichtweisen seien auch im Zuge der Anhörung deutlich geworden.

Es sei Aufgabe des Gesetzgebers, zum einen die Selbstbestimmung der psychisch kranken Personen zu stärken und zum anderen die Zahl der Zwangsmaßnahmen und Zwangsbehandlungen möglichst gering zu halten. Im Jahr 2011 sei bereits eine Anhörung zu den Zwangsmaßnahmen durchgeführt worden. Ergebnis der damaligen Anhörung sei gewesen, dass einige Krankenhäuser auf Zwangsmaßnahmen verzichten konnten, aber andere Krankenhäuser auf Zwangsmaßnahmen zurückgreifen mussten. Insofern handle es sich um eine Handlungsfrage, die in der Gesellschaft breit diskutiert werden müsse.

Ergebnis der Anhörung sei gewesen, dass durch Zwangsmaßnahmen und Zwangsbehandlungen nicht unbedingt die Behandlung der Patientinnen und Patienten verbessert werden könne. Obwohl mit dem Gesetzentwurf keine große Psychiatriereform verbunden sei, sollten im Hinblick auf Zwangseinweisungen und Zwangsbehandlungen die Patientensicherheit und Behandlungssicherheit sowie die Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten gestärkt werden. In diese Richtung würden von den Regierungsfractionen eventuell noch einige Änderungen vorgeschlagen.

Peter Preuß (CDU) teilt die Ansicht, dass es sich um eine interessante Anhörung gehandelt habe.

Ausgangspunkt für die einzelnen Themenbereiche sei die Rechtsprechung, die grundsätzlich Zwangsbehandlungen zulasse, aber sehr hohe Anforderungen an die Voraussetzungen dafür stelle. Wie in der Anhörung dargestellt, unterlägen beispielsweise freiheitsentziehende Maßnahmen natürlich einem Richtervorbehalt. In diesem Zusammenhang sei aber in der Anhörung auch der Punkt angesprochen worden, wie schnell eine richterliche Entscheidung vorliege. In dieser Hinsicht müsse noch einmal geprüft werden, wie ein praxistaugliches Verfahren aussehen könne. Wichtig sei dabei natürlich, dass der entscheidende Richter über die notwendige Fachkompetenz verfüge, um eine solche Entscheidung treffen zu können.

Im Zuge der Anhörung sei auch der Problematik der Sitzwachen angesprochen worden, zu der eine größere Flexibilität eingefordert worden sei. Auch dieser Punkt müsse

noch einmal genauer betrachtet werden, zumal die Forderung nach mehr Transparenz erhoben worden sei.

Ein wichtiger Punkt seien die richterlichen Entscheidungen zu Minderjährigen, wenn vonseiten der Eltern einer Einweisung zugestimmt worden sei. Diese Regelung müsse ebenfalls einer genaueren Überprüfung unterzogen werden müssen.

Der Bereich der Qualitätsberichte psychiatrischer Kliniken und die Veröffentlichung der Zahlen von Zwangseinweisungen und Zwangsmaßnahmen darin sollte auch im Interesse der Klarheit und Transparenz ebenfalls noch einmal überprüft werden.

Daniel Düngel (PIRATEN) stellt fest, die wesentlichen Punkte seien bereits von seinen Vorrednern angesprochen worden.

Anknüpfen könne er am Punkt der Selbstbestimmung der Menschen. Ein Ergebnis der Anhörung sei, dass es in diesem Bereich noch Änderungsbedarf gebe. So sei von Herrn Seibt bemängelt worden, dass die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts geforderte Konkretisierung in der Form bisher im Gesetzentwurf nicht enthalten sei. Herr Seibt habe gefordert, die Zwangsmedikation müsse vorab vollumfänglich hinsichtlich Behandlung, ihrer Art, ihrer Dauer und der Dosierung der Medikation konkretisiert werden. Es müsse auf jeden Fall noch darüber diskutiert werden, wie dieser Punkt in den Gesetzentwurf aufgenommen werden könne.

Als weiteren Punkt spreche er die richterliche Anhörung an. Es sei vorgeschlagen worden, einen gesonderten § 14 a in den Gesetzentwurf einzufügen, der sich mit der richterlichen Anhörung beschäftige. Dabei sei natürlich auch der zeitliche Ablauf von Bedeutung. Hierzu seien jedoch von einigen Sachverständigen Lösungsvorschläge unterbreitet worden, die durchaus realisierbar seien.

In der Anhörung sei auch die Besuchskommission angesprochen worden. Frau Osterfeld habe darauf hingewiesen, dass es bei der Dokumentation der Fälle durchaus Unterschiede gebe.

Insofern bestehe an einigen Stellen Verbesserungsbedarf. Der Gesetzentwurf in der eingebrachten Form wäre für die Fraktion der Piraten nicht zustimmungsfähig, aber er gehe davon aus, dass Anregungen der Sachverständigen aufgegriffen und noch Veränderungen am Gesetzentwurf vorgenommen werden.

Susanne Schneider (FDP) hebt hervor, im Vordergrund stehe die Selbstbestimmtheit des Patienten.

Es seien schon einige richtige Punkte angeführt worden, aber aus ihrer Sicht sei noch zu bedenken, dass häufig auch noch im Hinblick auf somatische Erkrankungen ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Als Beispiele nenne sie einen hypoglykämischen Schock oder einen Status asthmaticus. In solchen Fällen müsse sofort gehandelt werden. Deshalb müsse sich mit diesem Punkt noch einmal beschäftigt werden.

Zu erwähnen sei noch der § 20 und das Thema des Festhaltens. Hier habe es von den Pflegenden, insbesondere von den Ärzten, Kritik gegeben. Im Raum sei eine gewisse pflegerische Fachkompetenz vorhanden. Sicherlich sei dieser aus eigenem Erleben

bekannt, dass ein Festhalten von Patienten nur mit Einsatz von unglaublich viel Manpower möglich sei, die meistens auf den Stationen nicht vorhanden sei. Dieser Punkt müsse aus der Sicht der Fraktion der FDP ebenfalls noch einmal diskutiert werden.

Serdar Yüksel (SPD) sieht ebenfalls aufgrund der Ergebnisse der Anhörung in verschiedenen Bereichen des Gesetzentwurfs Änderungsbedarf. Deshalb werde die Regierungskoalition Änderungsanträge einbringen.

Sehr wichtig sei, dem Willen des Betroffenen im Rahmen einer Behandlungsvereinbarung höchste Priorität einzuräumen, um eine Akzeptanz der Behandlung zu gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Dokumentation und wie ein Rechtsschutz für den Betroffenen sichergestellt werden könne. In der Anhörung sei von Fällen berichtet worden, dass Patienten aufgrund der Verabreichung von Psychopharmaka nicht mehr handlungsfähig gewesen und dann dem Richter vorgeführt worden seien, damit dieser über den Fortgang der Behandlung entscheide.

Unvermeidbar werde es wohl sein, den § 20 im Gesetzentwurf zu streichen, weil das Festhalten von Patienten niemanden zugemutet werden könne. Hierzu werde aber noch eine weitere Auswertung erfolgen.

Daniela Jansen (SPD) merkt an, das PsychKG komme zur Anwendung, wenn eine Eigen- oder Fremdgefährdung bestehe. Von einer Ärztin sei in der Anhörung angesprochen worden, dass es so etwas wie ein Schmerzgedächtnis gebe. Bei ganz normalen somatischen Erkrankungen würden sehr schnell Schmerzmittel verabreicht, damit sich der Schmerz gar nicht erst im Gedächtnis verankere. Analog dazu habe diese argumentiert, bei akut psychisch Erkrankten sollte nicht abgewartet werden, bis alle alternativen Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

In der schriftlichen Stellungnahme des Landesverbands der Angehörigen von psychisch Kranken sei deutlich zum Ausdruck gebracht worden, wie stark teilweise die Angehörigen unter dem Verhalten der psychisch Kranken leiden würden und dass diesbezüglich entsprechende Handlungsmöglichkeiten fehlten. Dieser Aspekt müsse ebenfalls im Auge behalten werden.

Vorsitzender Günter Garbrecht schlägt vor, die Referenten der Fraktionen damit zu beauftragen, die gewünschten Änderungen in einer abstimmungsfähigen Vorlage zusammenzufassen. Möglicherweise seien dann schon im Vorfeld der nächsten Sitzung des Ausschusses erste Abklärungen möglich.

Die Landesregierung sei vom Ausschuss gebeten worden, im Hinblick auf das Krankenhausgestaltungsgesetz eine Ergänzung vorzulegen. Insofern werde der Gesetzentwurf noch ergänzt, um Änderungen an weiteren Gesetzen vornehmen zu können.

Bekanntlich sei ein gewisser Zeitdruck in Bezug auf die Verabschiedung des Gesetzentwurfs gegeben.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/12068 – wird vertagt.